



**mouvement
écologique**



déi Jonk am Mouvement Écologique

Politische Bildung in den Schulen - anstatt SchülerInnen nach Dubai zu fliegen!

In Zeiten der Klima- und Biodiversitätskrise sowie gesellschaftlicher Umbrüche müsste die politische Bildung verstärkt in unseren Schulen verankert werden, damit junge Menschen die Herausforderungen unserer Zeit gestärkt angehen können. Zwei rezente Beispiele zeigen jedoch auf, dass das Bildungsministerium diesen Herausforderungen nicht entschieden genug entgegentritt:

- **Trotz Klimakrise und Verletzung der Menschenrechte - 100 SchülerInnen fliegen nach Dubai...**

Ab Anfang nächsten Jahres sind sämtliche SchülerInnen der 3e Klassen des „Enseignement secondaire“ vom Bildungsministerium u.a. in das Forum-Geesseknäppchen und in die Al Seerei in Diekirch zu Informationsveranstaltungen eingeladen. Vorgestellt wird ein kreativer Wettbewerb, bei dem als Belohnung eine Reise zur Weltausstellung nach Dubai für 100 ausgewählte SchülerInnen winkt.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique und seiner Jugendsektion move. ist dieser Wettbewerb in vielerlei Hinsicht ein Unding!

Während die Regierung einen Energie- und Klimaplan erstellt, fördert das Bildungsministerium gerade den Flugverkehr! Welche Botschaft sendet es damit aus?

Inwiefern ist es aber auch vertretbar, wenn das Bildungsministerium 100 SchülerInnen in ein Land einlädt, in dem **Menschenrechte** mit Füßen getreten werden?! Im Bericht von Amnesty International über die Vereinigten Arabischen Emirate aus dem Jahr 2017/2018 geht hervor, dass z.B. immer noch kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft unterdrückt, Frauen rechtlich und im Alltag diskriminiert, ausländische Arbeitskräfte ausgebeutet und Ausländer willkürlich festgehalten werden¹. Dies steht diametral im Gegensatz zu den Werten die an luxemburgischen Schulen vermittelt werden sollten. Stellt sich auch die Frage, wie das Bildungsministerium, dessen Auftrag es ebenfalls ist die **Gleichberechtigung** zu fördern, mit der Frage umgeht, dass LGBTQI (lesbisch, schwul, bisexuell, transgener, queer, intersex)-Reisende in den Vereinigten Arabischen Emiraten diskriminiert werden. Homosexualität ist dort nach wie vor verboten und dem Gesetz nach eine strafbare Handlung.

¹ <https://www.amnesty.org/en/countries/middle-east-and-north-africa/united-arab-emirates/report-united-arab-emirates/>

Natürlich ist es wichtig, dass SchülerInnen nicht nur im Unterricht sitzen: Bildung hat auch den Auftrag, dass SchülerInnen die Welt mit ihren eigenen Augen sehen können. Ob dies jedoch in Zeiten der Klimakrise mittels Langstreckenflügen und in einem Land geschehen soll, wo diplomatische Beziehungen auf rein ökonomischen Interessen aufgebaut sind, ist sehr fragwürdig. Eines ist auch klar: Mit dem schulischen Bildungsauftrag hat dieser Wettbewerb nichts zu tun.

- **Trotz öffentlichen Bekundungen – (noch) keine konkreten Schritte vom Bildungsministerium nach den Klimastreiks**

Diese unkohärente Politik scheint leider System zu haben. Am 15. März 2019 und anlässlich weiterer Protestveranstaltungen sind auch in Luxemburg Tausende SchülerInnen für eine bessere Klimapolitik auf die Straße gegangen. Die Regierung reagierte mit einem „*Climate X Change*“, bei dem SchülerInnen zu 4 regionalen Runden eingeladen wurden. Diese Meetings boten ihnen die Gelegenheit, sich mit dem Bildungs- und Landwirtschaftsminister sowie der Umweltministerin auszutauschen und Ideen für eine bessere Klimaschutzpolitik einzufangen. Seit Monaten liegt der Bericht der nationalen Schülerkonferenz (CNEL) über die regionalen Austausche vor, in dem Ideen und Forderungen formuliert wurden. Nach Außen ist in keinsten Weise gewusst, inwiefern das Ministerium an der Umsetzung arbeitet und welche Maßnahmen ergriffen wurden.

De facto hat das Bildungsministerium somit noch nicht angemessen auf die große Betroffenheit der Jugendlichen reagiert. Es wurden keine nach außen bekannten Initiativen ergriffen, um die längst überfällige Entscheidung zu treffen das Thema „Klimawandel“ und ähnlich zentrale gesellschaftspolitische Herausforderungen (Stichwort Biodiversitätsverlust) im Bildungssystem zu verankern. **Im Sinne der politischen Bildung zur Nachhaltigkeit müsste sich das Erziehungsministerium die Frage stellen: Welche Kompetenzen, Inhalte und Fragestellungen müssen flächendeckend Eingang in die Schulprogramme finden? Wie kann der notwendige Freiraum geschaffen werden, um das Thema, wie auch andere gesellschaftliche Fragen (!), verstärkt, z.B. in fächerübergreifenden Projekten mit handlungsorientierten Methoden, zu behandeln?**

Die Vorgehensweise, externe Akteure zu fördern, um punktuell „stundenweise“ in den Schulen Themen über Nachhaltigkeit, sozialer Ungerechtigkeit u.a. vorzustellen, ist zwar sinnvoll, da diese neue Perspektiven aufwerfen können. Dies allein genügt jedoch nicht: es fehlt in unserem Bildungssystem derzeit immer noch an einem Konzept diese gesellschaftlichen Aspekte *strukturell* innerhalb des luxemburgischen Schulsystems zu verankern. Die nationale Strategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (von 2011!) wurde diesbezüglich bis dato nicht einmal ansatzweise umgesetzt...

Scheinbar gibt es seitens der nationalen Programmkommission im „Cyclé Inférieur vom Enseignement général“ sogar Bestrebungen, das Thema Ökologie ganz aus dem Programm zu nehmen. Dass derartige Überlegungen überhaupt geführt werden, dürfte auf das Fehlen eines klaren politischen Rahmens seitens des Ministeriums zurück zu führen sein.

Der Mouvement Ecologique sowie move. fordern das Bildungsministerium auf, eine reelle Strategie zur Förderung der politischen Bildung zu entwickeln, dies gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und engagierten Jugendlichen. Dabei liegt auf der Hand, dass die Reise nach Dubai durch andere verträglichere Gewinne aus Sicht der Nachhaltigkeit ersetzt und das Thema Ökologie im schulischen Rahmen nicht nur beibehalten, sondern gestärkt werden muss.

Mouvement Ecologique asbl.

move.